

## Platz der Republik

### Reiches Realpolitik löst Ärger aus

Die Stromsteuer sollte für alle gesenkt werden – so hatte es die schwarz-rote Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten. Doch daraus wird erst einmal nichts: Der Haushaltsentwurf sieht eine flächendeckende Verringerung auf das europäische Minimum nicht mehr vor. Stattdessen soll weiterhin nur das produzierende Gewerbe von der Vergünstigung profitieren. Dem Vernehmen nach sah das Finanzministerium keinen weiteren Spielraum.

**Breite Kritik:** Mehr sei aktuell nicht drin, sagte Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) am Dienstag beim „Tag der Industrie“ des BDI. „Hier trifft Koalitionsvertrag auf finanzielle Möglichkeit und Wirklichkeit.“ Wirtschaftsverbände protestierten prompt: So sprach Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), von einem „Schlag ins Kontor des Mittelstands“. Die Opposition bezeichnete die ausbleibende Maßnahme in Person von Grünen-Chefin Franziska Brantner als „Wahlbetrug“.

**Parlamentarische Korrektur:** Doch auch in der Unionsfraktion regt sich Widerstand gegen die Pläne. „Die Stromsteuersenkung war ein Versprechen der Regierung – und Versprechen sind zu halten“, sagte CDU-Wirtschaftspolitiker Tilman Kuban dem *Stern*. „Jetzt ist das Parlament gefragt, den Fehler des Finanzministeriums zu korrigieren.“ Kuban forderte, an anderer Stelle massiv zu kürzen, um günstigere Strompreise zu finanzieren. Sparen könne man etwa bei der Wärmepumpenförderung. Die Regierung müsse den entsprechenden Topf um die fehlenden fünf Milliarden verkleinern, sagte Kuban.

**Ausweitung bleibt Ziel:** Reiche selbst verteidigte sich gestern während der Regierungsbefragung. „Ich möchte daran erinnern, dass die Auswahl von Robert Habeck getroffen wurde“, sagte die Wirtschaftsministerin. Sie verwies zudem auf die ab Januar 2026 geplante Entlastung bei der Gasspeicherumlage. Es war die Ampel-Regierung, die 2024 und 2025 die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe gesenkt hatte – im schwarz-roten Koalitionsvertrag war aber geplant, diese Entlastung auf alle Verbraucher auszuweiten. „Unser Ziel bleibt es, die Stromsteuer für alle und dauerhaft auf das Minimum zu senken“, sagte Unions-Fraktionschef Jens Spahn. CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann äußerte sich ähnlich: Eine einseitige Absenkung sei mit der CSU nicht zu machen.